

RAMADAN IN ZEITEN DER JUDAISIERUNG PALÄSTINAS!

Posted on 8. Juni 2016

Von Evelyn Hecht-Galinski.

Am Sonntag, vor Beginn des Ramadan, wurden mehr als 20.000 rechtsradikale jüdische Bürger erwartet, die die "Wiedervereinigung" Jerusalems feierten, am so genannten Jerusalem-Tag, um dann Flaggen schwingend durch das illegal annektierte Jerusalem zu marschieren, zum Beweis, dass Jerusalem für immer die "ewig ungeteilte Hauptstadt" des "Jüdischen Staates" bleibt, auf ewig. Trotz einer Petition einer israelischen Menschenrechtsorganisation gegen diesen Marsch, gestattete es der Oberste Gerichtshof des "Jüdischen Staates" den jüdischen Extremisten, durch das illegal annektierte Ost-Jerusalem zu marschieren. Allerdings mit einer kleinen Einschränkung, dass die Marschierer vor Beginn des Ramadan vor 19 Uhr den Marsch beendet haben mussten. Diese Marsch der Schande wird bereits zum 49. Mal durchgeführt, ebenso wie der so genannte "Wiedervereinigungstag". (1) So war das eine staatlich unterstützte Provokation sondergleichen. Schließlich wurde diese "Feierlichkeit" persönlich unterstützt vom Jerusalemer Bürgermeisteramt, sowie von vielen US-NGOs, die diesen Tag aktiv, mental und finanziell begleiten. (2)

Tatsächlich zieht provozierend ein extremistischer jüdischer Mob mit Davidstern-Flaggen und Parolen wie "Tod den Arabern" und "Mohammed ist tot" grölend durch die Jerusalemer Altstadt. Besonders schlimm in diesem Jahr ist es, dass sich just an diesem letzten Sonntag das Ramadan Fest näherte, wo sich die Muslime feierlich auf den Ramadan vorbereiten wollen und nicht durch feindliche Demonstranten gestört werden wollen und sollen. Sie fürchten zu Recht, dass ihnen der Zugang zur al-Aqsa Moschee und auf den Haram al-Sharif erschwert oder verweigert werden könnte. Haben es die muslimischen Bewohner des illegal annektierten Jerusalem nicht schon besonders schwer, da sie sowieso schon unter jüdischen Schikanen und der Judaisierung zu leiden haben, besonders wenn die Juden feiern!

49 Jahre nach der widerrechtlichen Eroberung

Jerusalem ist 49 Jahre nach der widerrechtlichen Eroberung nicht befreit, sondern gespalten wie noch nie. Von einem jüdischen Siedlungsgürtel umgeben, von Checkpoints und einer Apartheidmauer judaisiert, wird dieser Staat immer mehr zu einem jüdischen Fanal, wie Judaisierung sich auswirkt, in eine intolerante

orthodoxe Besatzung, die vom Netanjahu-Regime instrumentalisiert wird, der darauf beharrt, dass Jerusalem für immer ungeteilt bleibt, als Hauptstadt des "Jüdischen Staates", während die Palästinenser zu Recht auf ihrem legalen Ansinnen bestehen, Ost-Jerusalem als Hauptstadt eines palästinensischen Staates zu beanspruchen, natürlich inklusive der al-Aqsa Moschee und des Haram al-Sharif.

Allein diese Tatsachen beweisen doch, dass die Verhandlungen "ohne Vorbedingungen", nur zwischen Palästinensern und Israelis, wie von Netanjahu immer vollmundig gefordert wird, völlig zwecklos sind und nicht mehr wiederholt werden sollten. Daher ist es auch eine traurige Vorstellung, die sich letzte Woche in Paris abspielte auf der so genannten Nahost-Konferenz zur Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts. Die französische Regierung unter Hollande hatte 29 Staaten und internationale Organisationen eingeladen, um eine Friedenslösung zu finden. Allerdings ohne die Hauptdarsteller, die Israelis und die Palästinenser. Auch der Ansatz war völlig daneben. Frankreich weiß genau, dass es eine Friedenslösung mit dem Netanjahu-Regime niemals geben wird, weil dieses keinen Frieden möchte, sondern sich in dem Status Quo hervorragend eingerichtet hat. Es würde nur internationaler Druck und Sanktionen helfen, um die 68jährige Besatzung Palästinas zu beenden. Aber davon ist die internationale Staatengemeinschaft weiter entfernt denn je. Im Gegenteil, weitere Zusicherungen, Hilfen und Absicherungen wurden in Aussicht gestellt, um die jüdischen Besatzer zu locken, anstatt sie zu bestrafen! Der "Jüdische Staat" wird immer wieder mit den besetzten Palästinensern gleichgestellt, obwohl es überhaupt keine Gleichheit gibt zwischen Besetzten und Besatzern! Solange der "Jüdische Staat" von den westlichen Werteheuchlern weiter als Bollwerk des Westens im Kampf gegen den islamistischen Terror hofiert wird, solange kann sich das jüdische Besatzerregime sicher sein, niemals belangt zu werden für seine Verbrechen!

Also genug der "Friedenskonferenzen", mit verwässerten und schwammigen Erklärungen, die nichts bewirken, außer einer Fortsetzung der verbrecherischen Judaisierung und ethnischen Säuberung Palästinas. Besonders, wenn Netanjahu den saudischen Friedensplan wieder ins Spiel bringt, allerdings nicht in den Grenzen von 1967, also "modifiziert", ganz im Sinne seiner Koalitionspartner, der Siedler-Partei und Jüdisches Heim, deren Chefs Bennett und Lieberman die Grenzen ablehnen und die "Teilung" Jerusalems sowieso. Mit diesen Besatzern ist kein Staat zu machen. Außer Spesen nichts gewesen.

Verbrechen der jüdischen Eroberer gefeiert

Stellen wir uns einmal vor, in Zeiten, in denen der Fall der Berliner Mauer gefeiert wurde, zelebrierte man im "Jüdischen Staat" die illegale Annektierung von Ost-Jerusalem. Es ist eben keine Zusammenführung, sondern es ist eine kriegerische Eroberung der Altstadt von dem palästinensischen Teil Jerusalems. Hört man sich die empörende Ansprache des Präsidenten des "Jüdischen Staates" Rivlin an, der die Zweistaatenlösung ablehnt und die "jüdischen Wurzeln" von Jerusalem betont, aber die christlichen und muslimischen Wurzeln, die ganz Jerusalem durchströmen, werden durch die Judaisierung Jerusalems mehr und mehr verleugnet! (3)

Was wäre, wenn Präsident Erdogan eine vergleichbare Rede hielte, oder der Zentralrat der Muslime so handeln würde? Was wäre in Deutschland für ein Proteststurm losgegangen? So aber wird alles an Verbrechen der jüdischen Eroberer und Besatzer mit gefeiert und gefördert. Stellen wir uns weiter vor, dass ein anderer Staat, außer dem Jüdischen, so eine Eroberung feiern würde, die auch noch von jüdischen Organisationen und dem Presseorgan des Zentralrats der Juden, der Jüdischen Allgemeinen, mitgefeiert wurde. (4)

Zeigt sich hier nicht erneut, dass sich jüdische Funktionäre als Vertreter des "Jüdischen Staates" in Deutschland betätigen? Ist das eigentlich noch auf dem Boden des deutschen Grundgesetzes, wenn Vertreter einer Organisation, die von deutschen Steuergeldern unterstützt wird und als Körperschaft des öffentlichen Rechts fungiert und damit dem deutschen Recht unterliegt, die illegale Besatzung und Annektierung eines Landes feiert und unterstützt?

Pflicht zur "Einmischung"?

Gerade in Zeiten des Islam-Hasses, der zahlreichen Angriffe gegen Muslime und des Türkei-Bashings wäre es überfällig, diese Fragen zu stellen. Allerdings, was soll man schon erwarten von einer deutschen Kanzlerin, die die Sicherheit des "Jüdischen Staates" zur deutschen Staatsräson erhob, solidarisch die so genannte „Selbstverteidigung“ verteidigt, die in Wahrheit nichts anderes ist, als die immer fortwährende ethnische Säuberung Palästinas.

Längst hat sich Deutschland eine neue Schuld aufgeladen, indem Milliarden an deutschen Steuergeldern für Rüstungsgüter und Kriegsschiffe verbraten werden. Hat nicht "Bundes-Ursel" v.d. Leyen soeben einen mehr als fragwürdigen Deal mit den jüdischen Besitzern ausgehandelt, nämlich eine halbe Milliarde(!) für die geleasteten jüdischen Drohnen auszugeben? Meint "Bundes-Ursel", damit deutsche Angriffe in aller Welt koscher zu machen? (5)

Ja, in der Tat, Deutschland hat eine Pflicht zur „Einmischung“. Wie schrieb der berühmte Stefan Ulrich in der Süddeutschen Zeitung? „Das Prinzip der Nichteinmischung muss also durch ein Prinzip der Einmischung ergänzt werden für Fälle, in denen dies durch einen besonderen Grund gerechtfertigt ist. Die Ächtung von Völkermord ist ein solcher. Ein Genozid ist ein derart monströses Verbrechen mit derart katastrophalen Folgen, dass er nicht nur Täter und Opfer, sondern die ganze Welt etwas angeht. Er ist ein Menschheitsverbrechen. Die gesamte Menschheit hat daher ein Interesse, dass Völkermorde nicht verdrängt und relativiert, sondern aufgearbeitet werden. Dazu trägt der Bundestag - in verhältnismäßiger Weise - bei, indem er das furchtbare Schicksal der Armenier bezeugt und so verhindert, dass auch noch die Erinnerung getötet wird.“ Zitat Ende! (6)

Wie verlogen muss man sein, um Völkermorde willkürlich herauszugreifen und im Bundestag zu werten? Wäre es nicht schon längst an der Zeit gewesen, die jüdischen Verbrechen, begangen an den Palästinensern auf Kosten der Staatsgründung Israels 1948, die einherging mit der Vertreibung von 750.000 Palästinensern sowie der Ermordung von vielen tausenden zu verurteilen und der Nakba zu gedenken, oder auch den Völkermord während des letzten Gaza Angriffs der "jüdischen Verteidigungsarmee" in einer Resolution zu verurteilen? Dazu ein Aufruf (7) an den „Sonderberater zur Verhinderung von Genozid“ und den Generalstaatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC):

Aufruf an den "Sonderberater zur Verhinderung von Genozid"

“An den „Sonderberater zur Verhinderung von Genozid“ und den Generalstaatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC)

(...)Angesichts der Tatsache, dass wir täglich erleben, wie Israel die Menschenrechte der PalästinenserInnen

bricht – durch die militärische Übernahme von Land, Bewegungseinschränkungen, wirtschaftliche Strangulation, Hauszerstörungen, Einschränkung der Verfügbarkeit von Grundnahrungsmitteln, willkürliche Massenverhaftungen sowohl von Erwachsenen als auch Kindern, Folter, außergerichtliche Exekutionen und die Forderung nach Genozid und Auslöschung durch Knessetabgeordnete und andere öffentliche Personen - kann ich nicht weiter schweigen über die 68 Jahre währende Grausamkeit, die sich vor unseren Augen abspielt.

Genozide wurden durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen in der Resolution 96 (I) vom 11. Dezember 1946 definiert. Ich verlange, dass das UN-Büro des Sonderberaters zur Verhinderung von Genozid und der Generalstaatsanwalt des Internationalen Strafgerichtshofs entsprechend handeln und die Möglichkeit untersuchen, dass Israel verbrecherisch einen Genozid gegen das palästinensische Volk begeht. Außerdem fordere ich, dass die entsprechenden Ergebnisse und Empfehlungen veröffentlicht werden.“

Freiheit mit Füßen getreten

Diesen Aufruf halte ich schon seit langem für überfällig und setze mich auch schon seit Jahren dafür ein! Und ich halte es für wichtig und nötig, dass sich der Bundestag endlich damit beschäftigt.

Einen Lichtblick sehe ich in der Tatsache, dass Bundespräsident Gauck nicht mehr antritt für eine zweite Amtszeit. Dieser Präsident sprach vollmundig von Freiheit, während er die Freiheit des illegal besetzten Palästina negierte und mit Füßen trat. Er hinterlässt für mich keine Lücke, sondern eine kleine Hoffnung für einen Neuanfang, allerdings unter dieser Regierung wohl nur ein frommer Wunsch.

In diesem Sinne, in Zeiten des Ramadan und der Judaisierung Palästinas, wünsche ich allen meinen muslimischen Freunden und Lesern einen friedlichen Ramadan.

Fussnoten:

1 <http://www.haaretz.com/israel-news/1.723176>

2 <http://www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.723196>

3 <http://www.israelheute.com/Nachrichten/Artikel/tabid/179/nid/30335/Default.aspx>

4 <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/25711>

5 <http://www.tagesschau.de/inland/drohnen-129.html>

6

<http://www.sueddeutsche.de/politik/bundestag-der-genozid-an-den-armeniern-geht-die-ganze-welt-etwas-an-1.3016899>

7 <http://israelgenocide.com/take-action/>

Danke an die Autorin für das Recht der Zweitverwertung.

KenFM bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Meinungsartikel und Gastbeiträge müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.